

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 26. Juni 2006

Korrigierte und vom Gemeinderat genehmigte Fassung.

2. Sitzung vom Montag, 26. Juni 2006, 18.00 bis 19.30 Uhr, im reformierten
Kirchgemeindehaus

Anwesend:

Gemeinderat

Bis Traktandum 2: 25 Mitglieder

Ab Traktandum 3: 26 Mitglieder

Stadtrat

Walter Baur

Walter Bosshard, Stadtpräsident

Mark Eberli (ab Traktandum 4)

Hani Guyer

Jürg Hintermeister

Hanspeter Lienhart (ab Traktandum 7)

Ruth Ledergerber, Stadtschreiberin

Entschuldigt:

Milos Alincic

Heinz Kousz

Stadtrat Max Nievergelt

Vorsitz:

Rosa Pfister-Kempf

Protokoll:

Roger Suter, Ratssekretär

Weibeldienst:

Gino Taiana, Stadtweibel

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates, das Publikum und die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder und das Personal der Stadtverwaltung.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

Traktandenliste

Zur rechtzeitig zugestellten Traktandenliste werden keine Änderungen beantragt. Sie lautet:

1. Protokoll der Sitzung vom 15. Mai 2006
2. Interpellation Daniela Gehring unter Mitunterzeichner/Innen betr. Vertragsauflösung mit der Firma Breitenstein Transport – Begründung
3. Interpellation Fachkommission IV betr. Szenarien Stadthalle – Antwort des Stadtrates
4. Wahlen:
 - 4.1 Wahlbüro (mind. 55 Mitglieder)
 - 4.2 Sozialbehörde (4 Mitglieder)
 - 4.3 Regionalplanungsgruppe Zürcher Unterland (3 Delegierte)
 - 4.4 Krankenhausverband Zürcher Unterland (2 Delegierte und 2 Stellvertreter)
 - 4.5 Spitalkommission (2 Delegierte und 2 Stellvertreter)
5. Überprüfung der Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderates
6. Überarbeiteter Leitfaden „Regelung der Zuständigkeiten und Aufgaben der Rechnungsprüfungskommission und der Fachkommissionen“
7. Liegenschaft Marktgasse 37 – Umbau und Renovation – Kredit von 1'062'000 Franken
8. Sanierung Allmendstrasse zwischen Feldstrasse und Kehrplatz bei der HLS – Kredit von 625'000 Franken
9. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
10. Diverses

Eingang von persönlichen Vorstössen

Keine

Traktandum 1

Protokoll der Sitzung vom 15. Mai 2006

Das Protokoll der Sitzung vom 15. Mai 2005 wird einstimmig genehmigt und dem Verfasser verdankt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

Traktandum 2

Interpellation Daniela Gehring unter Mitunterzeichner/Innen betr. Vertragsauflösung mit der Firma Breitenstein Transport – Begründung

Daniela Gehring und fünf Mitunterzeichner/Innen haben am 11. Mai 2006 eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

„Aus den Medien wurde die Bevölkerung am 19. April 2006 informiert, dass die Stadt Bülach aus dem bis ins Jahr 2009 gültigen Vertrag mit der Firma Breitenstein Transporte ausgestiegen ist. Dieser Vertragsausstieg wirft einige Fragen auf. Wir bitten den Stadtrat um die transparente Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum wurde die Bevölkerung nicht bereits vor den Wahlen 2006 informiert?
2. Wieso wurde 1999 ein 10- Jahresvertrag abgeschlossen?
3. Welchem Submissionsverfahren unterlag die Vergabeevaluation im Jahre 1999? Und welches waren seinerzeit die Vergabekriterien?
4. Hat sich der Stadtrat 1999 mit der kantonalen Fachstelle (AWEL) über die Marktpreise für die laufenden Jahre informiert?
5. Was sind die effektiven Folgen aus dem Vertragsausstieg und was kosten diese die Stadt Bülach?
6. Enthält der Vertrag der Firma Breitenstein AG eine Ausstiegsklausel? Wenn ja, wie lautet diese?
7. Wie hoch ist die Einsparung mit dem neuen Vertrag (auch unter Mitberücksichtigung allfällig wegfallender Erträge)?
8. Auf welche Vertragsdauer wurde der neue Vertrag ausgelegt?
9. Der Stadtrat ist ja der Auffassung, dass die Abfallentsorgung jetzt kostengünstiger arbeitet. So soll der Transportpreis beim Gewerbekehricht neu nur noch knapp die Hälfte des alten Preises betragen. Wann also werden die Kehrichtgebühren der Stadt Bülach gesenkt?“

Daniela Gehring begründet die Interpellation wie folgt:

„Bülach rühmt sich immer wieder mit ihrem Label, Minergie-Stadt zu sein. Die Geschichte mit der Abfallentsorgung passt nun aber überhaupt nicht ins Bild einer Minergie-Stadt. Für mich ist es ein ökologischer Unsinn, wenn ein Abfallentsorgungsunternehmen aus Wallisellen praktisch täglich nach Bülach fahren muss, um den Abfall einzusammeln. Vor allem dann, wenn ein ortsansässiges Unternehmen da ist, das den Kehricht während rund 70 Jahren im Auftrag der Stadt entsorgte. Der besagten Firma Breitenstein Transporte AG hat man per Ende April 2006 - und damit mehr als 3 ½ Jahre vor Ende der Vertragsdauer - gekündigt. Währenddem die ortsansässige Firma die Entsorgung zur vollen Zufriedenheit erledigte, blieben die Kehrichtsäcke mit der neuen Firma auch noch im Juni teilweise bis zur nächsten Woche liegen.“



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

Wie die Meisten von uns, bin auch ich fürs Sparen. Doch bis heute ist noch nicht erwiesen, dass am Ende des Jahres, wenn alles abgerechnet ist, wirklich etwas gespart werden konnte. Wer weiss, vielleicht bezahlt der Steuerzahler von Bülach am Ende mehr als je zuvor! Denn immerhin ist man, so scheint es mir aufgrund der zur Verfügung stehenden Informationen, aus einem laufenden Vertrag ausgestiegen. Überdies sollte man nicht vergessen, dass Gewinne eines lokalen Anbieters auch unserer Stadtkasse zu Gute kommen.

Nun muss auch zwischen Hauskehrrecht auf der einen und Gewerbekehrrecht auf der anderen Seite differenziert werden. Im Unterschied zu den meisten umliegenden Gemeinden betrieb die Stadt Bülach den Gewerbekehrrecht bis 30. April 2006 auf eigene Rechnung. Hat sich die Stadt Bülach das Geschäft mit dem Gewerbekehrrecht auch bis Ende 2009 gesichert? Oder hat sie bei den Vergleichen mit dem bisherigen Entsorgungsunternehmen nur die Kosten verglichen und ausser Acht gelassen, dass bei einem Wechsel allenfalls auch vormalige Einnahmen entfallen?

Mich ärgert, dass die vorzeitige Kündigung des Vertrags mit der Firma Breitenstein AG nicht vor den Wahlen kommuniziert wurde. Dies obwohl der Stadtrat bereits im November 2005 über eine mögliche Vertragsauflösung diskutierte. Hätte diese Publikation vor den Wahlen eventuell einem Stadtrat eine weitere Amtsperiode gekostet? Wollte man mit dem Zurückhalten der Fakten diese Situation umgehen? Wie sonst soll man diese Verschwiegenheit interpretieren?

Viele offene Fragen stehen im Raum. Eine Klärung brachten auch die Interviews in den Medien nicht. Auch wenn das Verwaltungsgericht laut Pressemitteilung nicht auf die Klage der Firma Breitenstein eingegangen ist, bleiben diese Fragen immer noch ungeklärt. Das weitere Verfahren in diesem Fall ist ja noch offen. Aus all diesen Gründen gelangen wir mit den in der Interpellation gestellten Fragen an den Stadtrat. Speziell die Fragen 5, 7 und 8 würden wir gerne mit Zahlen und Fakten beantwortet haben. Ich hoffe, dass der Stadtrat mit einer umfassenden, transparenten und genauen Beantwortung dieser Interpellation das Ungewisse bei uns klären kann."

Stadträtin Hanni Guyer teilt mit, der Stadtrat werde die Interpellation fristgerecht schriftlich beantworten, sie möchte aber vorweg folgende Informationen abgeben. „Im Jahr 2000 hat die Stadt Bülach als eine der letzten Gemeinden der „Interessengemeinschaft Kehrichtsackgebühr Zürcher Unterland“ (IGKSG) die Hauskehrrechtabfuhr von zwei auf eine pro Woche reduziert. Erst seit diesem Zeitpunkt konnte sich Bülach mit den anderen Gemeinden vergleichen. Es zeigte sich, dass die Transportkosten in der IGKSG sanken, in Bülach aber von Jahr zu Jahr stiegen. 2005 fanden dann während mehreren Monaten intensive Verhandlungen mit der Firma Breitenstein statt. Ziel war, einen Kompromiss zu finden, der für beide Parteien annehmbar wäre. Doch die Vorstellungen lagen weit auseinander. Auf die offerierten Preise der Firma Breitenstein mit der gleichzeitigen Forderung einer Vertragsverlängerung bis 2015 konnte die Stadt nicht eintreten. Ein Gegenangebot der Stadt, immer noch erheblich über dem Durchschnitt vergleichbarer Gemeinden, wurde von der Firma Breitenstein abgelehnt. Den Vertrag unverändert weiter laufen zu lassen, hätte dem



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

Auftrag zum haushälterischen Umgang mit den Gebühren widersprochen. Eine Kündigung und die öffentliche Ausschreibung nach der gültigen Submissionsverordnung zur Sicherstellung der Entsorgung waren somit unausweichlich. Gegen diese Kündigung hat Firma Breitenstein AG eine Feststellungsklage und ein Gesuch um vorsorgliche Massnahme mit dem Antrag auf Abbruch des Submissionsverfahrens eingereicht. Bereits im Februar hat das Verwaltungsgericht vorsorgliche Massnahmen abgelehnt und damit bestätigt, dass die Stadt zur Sicherstellung der Kehrichtabfuhr richtig gehandelt hat. Im vorliegenden Urteil wird der Stadt attestiert, dass sie immer korrekt und weitsichtig informiert hat. Der Stadtrat sieht sich in seinem Handeln bestätigt, die Abfuhr neu auszuschreiben. Bereits 2007 wird die Bevölkerung von einer Reduktion der Gebühren profitieren können."

Traktandum 3

Interpellation Fachkommission IV betr. Szenarien Stadthalle – Antwort des Stadtrates

Der Stadtrat hat die Interpellation der Fachkommission IV vom 9. März 2006 betreffend „Szenarien Stadthalle“ mit Beschluss Nr. 149 vom 31. Mai 2006 beantwortet. Die Antwort wurde allen Gemeinderatsmitgliedern zugestellt. Sie liegt dem Originalprotokoll bei (Beilage 1).

Edith Planta, Mitglied der Fachkommission IV, bedankt sich für die Beantwortung und führt folgendes aus: „Die Antwort stellt nur teilweise zufrieden. Es ist nicht die Meinung und auch nicht das Ziel der Fachkommission IV, dass die Stadthalle in nächsten zwei Jahren abgerissen werden soll. Es ist uns ein Anliegen, dass das Thema und die Zukunft der Stadthalle überhaupt im Rat diskutiert werden. Der Stadtrat bezieht sich beim „Szenario aktuelle Strategie“ auf einen Businessplan für das Jahr 2006, ohne aber konkrete Bezüge dazu zu machen und ohne uns diesen vorzulegen. Nach uns sind die Probleme der Lärm- und sonstigen Immissionen nicht eine Frage der politischen Rahmenbedingungen, sondern des Standortes der Stadthalle. Dies vor allem was Grossanlässe wie Konzerte angeht. Die Frage nach einem Nutzungskonzept für die nächsten 10 bis 15 Jahre beantwortet der Stadtrat mit der Aufzählung von Veranstaltungen grösseren und kleineren Ausmasses, spricht von Bülümäss über Kinderkonzerte, Vereinsanlässe bis Trainings des Floorball- und Rollschuhclubs. Gestellt war die Frage nach einem *Nutzungskonzept*, diese Antwort ist der Stadtrat schuldig geblieben.

Zum „Szenario Abriss“ geht hervor, dass zentrale Anlagen der IT-Infrastruktur der Stadt in der Stadthalle untergebracht sind. Eine Verlagerung dieser Anlagen und bestehenden Strukturen müsste nach unserer Meinung mit dem Projekt „Zentrale Stadtverwaltung“ sowie dem Projekt



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

„Stadtentwicklung“ überhaupt geprüft werden. Der neue Standort einer zentralen Stadtverwaltung ist aber immer noch Ansichtssache.

Zum „Szenario Verkauf/Vermietung/Verpachtung“ äussert der Stadtrat, dass eine Privatisierung des Betriebes keine Vorteile brächte, so die Prüfung im Rahmen von Büli+. Die Überlegungen und Gründe, die zu diesem Ergebnis führten, sind in der Antwort nicht erwähnt. Eine Vermietung/Verpachtung der Stadthalle an Dritte, mit der Auflage der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe bzw. Zweckes, wäre durchaus denkbar. Es wäre deshalb nützlich, die genauen Argumente, die gegen eine „Privatisierung des Betriebes“ sprechen, zu kennen. Ein Verkauf aufgrund der heutigen Einzonung „Zone für öffentliche Bauten“ ist vorderhand zwar nicht möglich. Eine Umzonung wäre zudem vom Gemeinderat zu bewilligen.

In der Antwort zum „Bevorzugten Szenario des Stadtrates“ hält der heutige Stadtrat an „der eingeschlagenen Strategie“ fest. Die von ihm erwähnte Strategiediskussion vom 11. Februar 2004 ist der früheren Fachkommission IV im Nachgang zur letzten Budgetprüfung und Besichtigung der Stadthalle bekannt gemacht worden. Darin sprach sich der alte Stadtrat für eine weitere Existenzberechtigung der Stadthalle mit einem Zeithorizont bis 2013 aus.

Der neue Stadtrat sieht die Zukunft der Stadthalle im Rahmen des Projektes „Stadtentwicklung“. Nicht klar wird, ab wann der Stadtrat die Nutzung und Strategie der Stadthalle mit dem erwähnten Projekt verbindet. Ob er dies erst nach Ablauf der 10 bis 15 Jahre tut oder schon vorher. Die Fachkommission IV ist klar der Meinung, dass die Entwicklung und das Nutzungskonzept der Stadthalle mit dem Projekt „Stadtentwicklung“ in dieser Amtsperiode koordiniert werden muss. Der Stadtrat sollte diesbezügliche Arbeiten so rasch als möglich an die Hand nehmen und in den nächsten zwei, drei Jahren aufzeigen, welche Strategie er mit der Stadthalle nach Ablauf des Zeitrahmens von 10 bis 15 Jahren verfolgt bzw. im Auge hat.

Zur Prüfung des kommenden Investitionsprogramms – als nächstes steht der Kreditantrag zur 5. Sanierungsetappe der Stadthalle an – ist es absolut notwendig zu wissen, welche Strategie der Stadtrat verfolgt. Es wird sonst schwierig, Kredite zu bewilligen, die den Rahmen von absolut notwendigen Massnahmen und Investitionen werterhaltender Art übersteigen. Auch wenn ganz offensichtlich ein Teil der Infrastruktur – z.B. Eingangsbereich, Garderobe, Büros der Angestellten aus MMV – nicht mehr zeitgemäss ist.

Zusammengefasst: Der Fachkommission IV ist es ein Anliegen, dass der Stadtrat für die Stadthalle in dieser Legislaturperiode Strategie und Konzept im Rahmen der Stadtentwicklung (hier auch Hagenbuchen einbezogen) entwickelt und vom Gemeinderat die Genehmigung einholt.“

Die von **Stefan Schnegg** beantragte Diskussion wird bei 9 zu 9 Stimmen und 7 Enthaltungen, durch Stichentscheid **der Vorsitzenden abgelehnt**.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

Traktandum 4

Wahlen

4.1 Wahlbüro (mind. 55 Mitglieder)

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass von der IPK sowie aufgrund des Inserates 69 Kandidaturen für das Wahlbüro vorliegen. Das Gemeinderatsbüro beantrage gestützt auf Art. 19 lit. e) der Gemeindeordnung der Stadt Bülach, die Mitgliederzahl für das Wahlbüro auf 55 festzulegen. Damit nicht bei jeder Mutation neue Leute gewählt werden müssen, werde beantragt, gleich alle Nominierten zu wählen.

IFK-Präsidentin **Andrea Schmidhauser** schlägt namens der IFK alle 69 Kandidaten/Innen zur Wahl vor.

Die Vorschläge werden vom Rat nicht vermehrt.

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig, die Anzahl Wahlbüromitglieder auf mindestens 55 Personen festzulegen. Die folgenden Personen werden anschliessend in globo einstimmig als Mitglieder des Wahlbüros 2006/10 gewählt:

Name	Vorname	Adresse	Partei	Status
Meier	Daniel	Moritz-Meyer-Weg 11	CVP	bisher
Meier	Josef	Frohaldenstrasse 106	CVP	neu
Briner	Iris	Im Füchli 38	EVP	bisher
Fischer	Kaspar	Friedhofstr. 11a	EVP	neu
Fischer	Simone	Südweg 6b	EVP	bisher
Fontana	Mathias	Irchelstrasse 16	EVP	neu
Halbheer	Rudolf	Wibergstrasse 29	EVP	bisher
Planta	Domenic	Sechtbachweg 21	EVP	neu
Settelen	Annina	Friedhofstr. 13c	EVP	bisher
Wirth	Verena	Frohaldenstrasse 73	EVP	bisher
Zolliker	Priska	Friedhofstr. 11c	EVP	neu
Langhart	Rosmarie	Dachslenbergstrasse 19	FDP	bisher
Meier	Andrea	Dachslenbergstr. 19	FDP	bisher
Pavoni	Ingrid	Frohburggweg 24	FDP	bisher
Schmid	Florian	Feldstr. 10	FDP	bisher
Studer-Hinnen	Priska	John-Brunner-Str. 1	FDP	bisher



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

Bergande	Esther	Wettiweg 2	Grüne	neu
Calislar-Bangerter	Nadine	Irchelstrasse 14	Grüne	neu
Kern	Eveline	Schulhausstrasse 24	Grüne	bisher
Schwank	Claude	Eschenmosen 376	Grüne	bisher
Wirth Calvo	Johanna	Marktgasse 8	Grüne	neu
Ammann	Ernst	Bergkapellweg 1	parteilos	bisher
Balcar	Jaroslava	Winterthurerstr. 30	parteilos	bisher
Baumer	Fabian	Wettiweg 2	parteilos	neu
Bazzanella	Giovanna	Hohfuristrasse 12	parteilos	neu
Bettschart	Judith	Grundstr. 3a	parteilos	neu
Honegger	Brigitta	Gutenbergweg 8	parteilos	bisher
Jäggli	Ueli	Dachslenbergstrasse 19	parteilos	neu
Keller	Marlen	Grossteinstr. 17	parteilos	bisher
Keller	Stefanie	Grossteinstr. 17	parteilos	neu
Ludwig-Maag	Yvonne	Vogelsangstrasse 3	parteilos	neu
Meier	Bernhart	Frohburgweg 22	parteilos	bisher
Meier-Bleuler	Silvia	Eschenmosen 352	parteilos	neu
Rohrer	Niklaus	Frohdaldenstrasse 21	parteilos	neu
Rösli	Sieglinde	Kernstrasse 21	parteilos	bisher
Salvisberg	Daniel	Trottenstrasse 14	parteilos	neu
Salvisberg	Louise	Trottenstrasse 14	parteilos	bisher
Salvisberg	Patrick	Trottenstrasse 14	parteilos	neu
Schiesser	Heidi	Gringgenstr. 19	parteilos	bisher
Schmidhauser	Otilie	Erachfeldstrasse 12	parteilos	bisher
Stiefel	Erwin	Friedlistr. 6	parteilos	neu
Zimmermann	Nadia	Berglistrasse 11	parteilos	neu
Casutt	Marlise	Erachfeldstrasse 43	SP	neu
Fehr	Peter	Erachfeldstrasse 51	SP	bisher
Kägi	Maja	Müsegg 1	SP	neu
Kägi-Diener	Brigitte	Müsegg 1	SP	bisher
Müller	Peter	Dachslenbergstr. 16	SP	bisher
Nagel	Lukas	Berglistrasse 8	SP	bisher
Nagel	Simon	Berglistrasse 8	SP	bisher
Oetiker	Anita	Mittlere Gstücktstr. 5	SP	neu
Oetiker	Tobias	Mittlere Gstücktstr. 5	SP	neu
Pfister	Jelena	Im Füchsl 32	SP	neu
von Euw	Norbert	Bahnhofstrasse 50	SP	neu
Wyler	Jan	Im Füchsl 34	SP	bisher



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

Basler	Stefan	Soligantenerstr. 24	SVP	bisher
Guyer	Robert	Heimgarten 580	SVP	bisher
Hottinger	Rudolf	Kantonsschulstr. 14	SVP	bisher
Maag	Claudia	Heimgarten 596	SVP	bisher
Prassl	Doris	Schwerzgruebstrasse 11	SVP	bisher
Probst	Ruth	Frohaldenstrasse 98	SVP	bisher
Rohrer	Susanne	Frohaldenstrasse 21	SVP	bisher
Schreiber	Albert	Grossteinstr. 5	SVP	bisher
Schuhmacher	Barbara	Vogelsangstr. 11	SVP	neu
Schulthess	Bettina	Im Füchli 50	SVP	bisher
Seewer	Anita	Wagenbreche 806	SVP	bisher
Taiana	Margrit	Gutenbergweg 8	SVP	bisher
Temperli	Jakob	Nussbaumen 646	SVP	bisher
Vögeli	Peter	Adamengässchen 12	SVP	bisher
Vögeli	Rita	Adamengässchen 12	SVP	bisher

4.2 Sozialbehörde (4 Mitglieder)

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass für die vier Sitze der Sozialbehörde sechs Kandidaturen vorlägen. Inzwischen habe jedoch Claudio Schmid seine Anmeldung zurückgezogen, so dass sich um die vier Mandate folgende fünf Personen bewerben würden:

Name	Vorname	Adresse	Partei	Status
Anliker	Roland	Feldstr. 10	parteilos	neu
Haab	Matthias	Kreuzstr. 14	SVP	bisher
Leibundgut	Heidi	Bahnhofstr. 45	SP	bisher
Wieland	Hanspeter	Haselsteig 11	FDP	bisher
Zolliker	Brigitte	Friedhofstr. 11c	EVP	bisher

Die IFK beantragt namens deren Präsidentin, **Andrea Schmidhauser**, einstimmig, die vier Bisherigen wieder zu wählen.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. In der Abstimmung erhalten Stimmen:



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

Name	Vorname	Stimmen	absolutes Mehr erreicht und gewählt
Anliker	Roland	0 Stimmen	nein
Haab	Matthias	25 Stimmen	ja
Leibundgut	Heidi	25 Stimmen	ja
Wieland	Hanspeter	25 Stimmen	ja
Zolliker	Brigitte	25 Stimmen	ja

4.3 Regionalplanungsgruppe Zürcher Unterland (3 Delegierte)

Die **Vorsitzende** gibt folgende Kandidaturen bekannt:

Name	Vorname	Adresse	Partei	Status
Löhler	Hansjörg	Südstrasse 9	CVP	bisher
Oetiker	Werner	Mittlere Gstückstr. 5	SP	bisher
Tantanini	Patrick	Erlenweg 6	FDP	bisher

Die IFK empfiehlt namens ihrer Präsidentin, **Andrea Schmidhauser**, die drei zur Wiederwahl.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. Die drei Nominierten werden in der Abstimmung in globo einstimmig im Amt bestätigt.

4.4 Krankenheimverband Zürcher Unterland (2 Delegierte und 2 Stellvertreter)

Die **Vorsitzende** gibt folgende Kandidaturen bekannt:

Name	Vorname	Funktion	Partei	Status
Briner	Jakob	Gemeinderat	EVP	neu
Wobmann	Markus	Gemeinderat	SVP	neu

Stellvertreter/Innen

Studer	Priska	Gemeinderätin	FDP	neu
Fitze	Hansruedi	Gemeinderat	SVP	neu



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

IFK-Präsidentin **Andrea Schmidhauser** teilt mit, dass kein einstimmiger Wahlvorschlag zustande gekommen sei. Anschliessend teilt sie namens der FDP-Fraktion mit, diese würde es begrüessen, wenn Kommissionen und Delegationen in Zweckverbände durch kompetente und initiative Bürger besetzt würden. Die Parteizugehörigkeit sei zweitrangig. Neben Jakob Briner habe die FDP einen weiteren Gemeinderat für diese Aufgabe ausgemacht, doch stelle er sich leider nicht zur Wahl. Da die FDP-Fraktion nicht alle Kandidaten unterstützen könne, bitte sie, einzeln abzustimmen.

Die Vorschläge werden aus dem Rat nicht vermehrt. Abstimmung:

Name / Vorname	Stimmen	absolutes Mehr erreicht und gewählt
Briner Jakob	24 Stimmen	ja
Wobmann Markus	20 Stimmen	ja
Fitze Hansruedi	24 Stimmen	ja
Studer Priska	24 Stimmen	ja

4.5 Spitalkommission (2 Delegierte und 2 Stellvertreter)

Die Vorsitzende gibt folgende Kandidaturen bekannt:

Name	Vorname	Funktion	Partei	Status
Briner	Jakob	Gemeinderat	EVP	neu
Wobmann	Markus	Gemeinderat	SVP	neu

Stellvertreter/Innen

Studer	Priska	Gemeinderätin	FDP	neu
Fitze	Hansruedi	Gemeinderat	SVP	neu

IFK-Präsidentin **Andrea Schmidhauser** teilt mit, dass auch hier kein einstimmiger Wahlvorschlag zustande gekommen sei.

Die Vorschläge werden aus dem Rat nicht vermehrt. Abstimmung:



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

Name / Vorname	Stimmen	absolutes Mehr erreicht und gewählt
Briner Jakob	24 Stimmen	ja
Wobmann Markus	19 Stimmen	ja
Fitze Hansruedi	24 Stimmen	ja
Studer Priska	24 Stimmen	ja

Traktandum 5

Überprüfung der Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderates

Gemäss Art. 52 der Geschäftsordnung hat der Gemeinderat nach den Gesamterneuerungswahlen die Grundsatzbeschlüsse im 2. Quartal zu überprüfen. **Die Vorsitzende** lädt die Fraktionen ein, allfällige Änderungsanträge jetzt anzumelden. Eine Diskussion zu den Anträgen solle aber noch nicht stattfinden. Das Büro unterbreite einen Vorgehensvorschlag.

Matthias Schwank teilt mit, die Grüne-Fraktion habe 17 Änderungsanträge.

Nachdem Änderungsanträge gestellt werden, schlägt **die Vorsitzende** vor, das Geschäft auf die Gemeinderatssitzung vom 4. September zu verschieben. Gleichzeitig werde nochmals allen Fraktionen Zeit gegeben, ihre Änderungsanträge zu den Grundsatzbeschlüssen dem Gemeinderatsbüro bis am 21. August einzureichen. Die Anträge würden anschliessend den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt. So hätten alle Fraktionen Gelegenheit, sich vorzubereiten.

Jakob Briner ist einverstanden, er möchte das Geschäft jedoch erst auf die übernächste Sitzung traktandiert haben, da am 4. September die Jahresrechnung anstehe.

Dem Antrag auf Verschiebung des Geschäfts wird einstimmig zugestimmt.

Mike Bader beantragt, den Entscheid über den Zeitpunkt der Traktandierung dem Gemeinderatsbüro zu überlassen.

Der Antrag von Mike Bader wird in der Abstimmung mit 23 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, gutgeheissen. Die Fraktionen sind somit eingeladen, Ihre Änderungsanträge bis am 21. August 2006 dem Gemeinderatsbüro einzureichen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

Traktandum 6

Überarbeiteter Leitfaden „Regelung der Zuständigkeiten und Aufgaben der Rechnungsprüfungskommission und der Fachkommissionen“

Die Vorsitzende beantragt namens des Gemeindratsbüros zwei Änderungen zum Entwurf:

„1. Gemäss Stadtratbeschluss vom 14. Juni hat der Bereich „Friedhof“ vom Geschäftsfeld „Einwohner und Sicherheit“ ins Geschäftsfeld „Land- und Forstwirtschaft“ gewechselt. Folglich macht es Sinn, wenn die Produktegruppe ES-9 „Friedhof und Bestattung“ von der Fachkommission I zur Fachkommission IV wechselt.

2. Im Leitfaden fehlt die Produktegruppe „SG-12 Alterszentrum“. Diese ist im Leitfaden bei der Fachkommission III zu ergänzen.“

Edith Planta bemerkt, die Fachkommission IV habe die Verschiebung der Geschäftsfelder diskutiert. Man habe aber noch keinen Konsens gefunden, insbesondere zur Frage, ob der Zeitpunkt für den Wechsel geeignet sei.

Fritz Münger bestätigt, dass die Fachkommission I einen Wechsel befürworte, schränkt aber ein, dass die Prüfung der Jahresrechnung 2005 noch durch seine Fachkommission erfolgen würde.

Unter diesen Vorzeichen kann auch **Edith Planta** einer Umverteilung zustimmen.

In der Abstimmung werden die beiden Änderungsanträge einstimmig genehmigt, mit dem Vermerk, dass der Wechsel erst nach der Prüfung der Rechnung 2005 erfolgt. Ebenso wird der bereinigte Leitfaden einstimmig verabschiedet.

Traktandum 7

Liegenschaft Marktgasse 37 – Umbau und Renovation – Kredit von 1'062'000 Franken

Für die Fachkommission I referiert **Andrea Schmidhauser**:

„Geschichte

Die Liegenschaft Marktgasse 37 wurde 1955 erstellt. Im Erdgeschoss befand sich das „Kafi Süd“, im Obergeschoss waren neun Kleinwohnungen untergebracht. Später wurde das EG zu einem Büroraum umfunktioniert und einige Zeit darauf als Tanzlokal genutzt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

Das Gebäude wurde 1992 für ca. 1 Mio. Franken von der Stadt Bülach gekauft mit dem Hintergedanken, einmal die gesamte Häuserfront zu besitzen. Dies hätte der Stadt die notwendigen Ressourcen für einen späteren Ausbau der Bibliothek ermöglicht. Die südlich gelegene Liegenschaft änderte letztes Jahr den Besitzer. Somit wird es nicht mehr möglich sein, die gesamte Häuserzeile zu besitzen.

Solange die Liegenschaft das Tanzlokal mit Wohnungen für die Tänzerinnen beherbergte, warf das Objekt eine gute Rendite ab. Als nur noch das Tanzlokal war, konnten die darüber liegenden Wohnungen kaum mehr vermietet werden. Mittlerweile sind die Wohnungen in einem derart schlechten Zustand, dass sie selbst für sozial Bedürftige nicht mehr bewohnbar sind. Eine Sanierung ist unumgänglich.

Zustand heute

Der Innenausbau der Wohnungen sowie die Gebäudehülle stammen aus dem Erstellungsjahr 1955. Die haustechnischen Installationen sind dementsprechend veraltet und sanierungsbedürftig. Die Elektroinstallationen genügen den heutigen Vorschriften nicht mehr und ein Teil der Sanitärleitungen ist dermassen defekt, dass eine Nutzung der Wohnungen nicht zumutbar ist. Die Duschen sind in der Küche platziert. Die Küchen genügen den heutigen Anforderungen ebenso wenig. So hat z.B. keine der Küchen einen Kochherd oder einen Dampfabzug. Die Küchen haben lediglich elektrische Herdplatten. Die Holz-Fensterrahmen sind teilweise morsch und verschimmelt. Die Fenster sind generell undicht und isolieren kaum. Die Fassade und das Dach weisen keine Dämmung auf, sondern nur ein dickes Mauerwerk.

Das Sanierungsprojekt

Die neue Aussenhülle wird den Vorschriften entsprechend saniert. Dies bedeutet, dass die gesamte Aussenfassade mit einer 12 cm dicken mineralischen Aussenwärmedämmung eingepackt und verputzt wird. Die Holzfensterläden werden beibehalten. Die Grössen und Ausgestaltung der neuen Holzfenster wurde mit dem Kernzonen-Beauftragten der Stadt Bülach abgesprochen. Auf der Rückseite werden Balkone angebracht, um die Kleinwohnungen aufzuwerten. Obwohl das Dach dicht ist, muss es komplett neu erstellt werden, denn neu ist eine Dämmung nötig, was bei der heute mageren Sparrendimension nicht möglich ist. Ebenso dürfen keine Glasziegel mehr verwendet werden (Auflage der Feuerpolizei).

Wohnungen

Im Untergeschoss wird eine Betonbodenplatte eingezogen, denn der heutige Naturboden ist als Lagerraum ungeeignet. Ansonsten erfährt das UG keine markanten Erneuerungen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

Am Erdgeschoss werden kaum Erneuerungsarbeiten vorgenommen, da dieses in einem guten Zustand ist. Die Räumlichkeiten wurden seinerzeit beim Bezug der WS-Ingenieure saniert. Einzig die Westfassade erhält eine neue Schaufensterfront.

In den Obergeschossen werden auf jeder Etage zwei 2½ Zimmerwohnungen à ca. 45 m² eingebaut. Dazu werden je eine 1 und eine ½ Zimmerwohnung zusammengelegt.

Alle Einbauten und Zwischenwände werden entfernt und mit konventionellem Mauerwerk nach den heutigen Anforderungen eingebaut. Somit entstehen komplett neue Nasszellen und Kleinküchen. Die Sanierung erneuert nur die Bausubstanz und passt sich aufgrund des neuen Grundrisses den heutigen Wohnanforderungen an. Es werden jedoch keine Verbesserungen in Bezug auf die Akustik etc. erzielt. Die desolaten Wandoberflächen werden nicht entfernt, sondern mit einem Abrieb versehen. Die Bodenbeläge werden entfernt, der Unterlagsboden bleibt jedoch erhalten. Die Nasszellen werden geplättelt und die Zimmer erhalten einen Laminatboden. Aus technischen Gründen wird kein zusätzlicher Trittschall eingezogen.

Baurealisierung

Für das Sanierungsprojekt liegt noch keine rechtskräftige Baubewilligung vor. Sofern der Baukredit heute genehmigt wird, kann Anfang September mit den Bauarbeiten begonnen werden. Die Sanierung würde etwa ein halbes Jahr dauern, so dass die Wohnungen per 1. April 2007 bezugsbereit wären.

Baukosten nach BKP

1	Vorbereitungsarbeiten	8'000
2	Gebäude	929'500
4	Umgebung	46'000
	Reserve	60'000
5	<u>Baunebenkosten</u>	<u>18'500</u>
	Total Baukosten	1'062'000

Die Baunebenkosten sind sehr tief gehalten, da verschiedene Leistungen (wie z.B. der Abschluss gängiger Bauversicherungen) nicht geplant sind. Der KV basiert auf Unternehmerofferten. Gemäss Ernst Meier (Bau- und Projektleiter) wurden bei der Ausschreibung, welche im Einladungsverfahren erfolgte, lokale Unternehmer stark berücksichtigt. Der KV scheint plausibel, hat aber auch genügend Reserven für Unvorhergesehenes, was bei Umbauten üblich ist. Die Mietzinse für die Kleinwohnungen liegen am oberen Limit.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

Liegenschaftsbewertung

Siehe Beilage 2 und 3 zum Protokoll.

Da der KV auf aktuellen Offerten basiert, beantragt die Fachkommission I, dass der Baukostenindex vom April 2006 angewendet wird. Die Fachkommission stimmt dem Geschäft grossmehrheitlich zu. Die Liegenschaftensanierung ist ein „Muss“, der vorgeschlagene Sanierungsumfang angebracht. Die öffentliche Hand hat die Möglichkeit, einen Beitrag zu leisten, um die Attraktivität der unteren Altstadt und deren Erscheinungsbild zu verbessern.“

Für die RPK referiert **Willy Wüthrich**: „Die RPK ist der Ansicht, dass die Veräusserung der Liegenschaft Marktgasse 37 im Finanzvermögen zuwenig seriös abgeklärt wurde, auch wenn sich der Stadtrat an seiner Sitzung vom 1. Juni 2005, an welcher die Liegenschaftsstrategie behandelt wurde, klar für einen Nichtverkauf ausgesprochen hat. Da der Kreditantrag um ca. 110'000 Franken über dem Finanzplan von 950'000 Franken liegt, fordert die RPK den Stadtrat auf, die Liegenschaft öffentlich auszuschreiben und anschliessend diejenige Variante (Verkauf oder Sanierung) weiter zu verfolgen, welche die bessere Rendite abwirft. Aus diesem Grund beantragt die RPK Rückweisung des Geschäfts.“

Fredy Schmid geht davon aus, dass die Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderates nach wie vor gelten. Diese seien beizuziehen. Finanzvermögen sei keine notwendige Infrastruktur. Werde über eine Million Franken ins Finanzvermögen investiert, müsse sich dies auszahlen. Er wünsche deshalb eine seriöse Abklärung zum Wert der Liegenschaft. Erst wenn dieser Wert bekannt sei, könne man vergleichen, ob eine Sanierung sinnvoll sei oder ob ein Verkauf besser wäre. Das Kaufangebot von 300'000 Franken zweifle er an.

Stadtrat Walter Baur bemerkt, ein Verkauf sei nicht zur Diskussion gestanden, deshalb habe die Liegenschaftsverwaltung auch keinen Grund für eine Ausschreibung gehabt. Die 300'000 Franken würden von einem Interessenten aus der Nachbarschaft stammen. Er habe die Liegenschaft begutachtet: Der Laden könne sofort vermietet werden, in der Liegenschaft zu wohnen sei jedoch unmöglich. Aufgrund dessen, dass der Stadtrat die Liegenschaft behalten möchte, mache er beliebt, dem Antrag der Fachkommission I zu folgen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

Eintretensdebatte

Jürg Rothenberger findet namens der FDP-Fraktion, es sei nicht Aufgabe der Stadt, Liegenschaften des Finanzvermögens zu behalten und zu bewirtschaften, wenn sie keinen Nettoertrag abwerfen würden. Gelder müssten gewinnorientiert eingesetzt werden. Deshalb sei seine Fraktion ebenfalls für Rückweisung.

Walter Fehr führt aus: „Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass der Kauf der Liegenschaft Markt-gasse 37 im Jahr 1992 eine vorausschauende und richtige Entscheidung war. Wir denken, dass diese Liegenschaft an guter, zentraler Lage in der unteren Altstadt auch weiterhin nicht verkauft werden sollte. Es ist richtig, dass die Stadt nicht unbedingt im Wohnungsmarkt mitmischen soll. In diesem Fall geht es jedoch um ein eigenes, schützenswürdiges Objekt, das renovationsbedürftig ist. Der von der RPK vorgeschlagene Weg bringt uns nicht entscheidend weiter. Er verzögert nur das Projekt und bringt weitere Mietausfälle. Zudem sind die Renovationskosten von 1'062'000 Franken im Verhältnis zu den Nutzungsmöglichkeiten und zur Bruttorendite von ca. 6,1 % ausgewogen und vertretbar. Ein Ladenlokal könnte einen positiven Beitrag zur Belebung des unteren Städtchens leisten. Die SP-Fraktion wird dem Geschäft im Sinne des stadträtlichen Antrages und der Empfehlung der Fachkommission I zustimmen.“

Mike Bader bemerkt, die Sanierung sei eine Investition. Investitionen müssten sich auch immateriell auszahlen. Um einen Entscheid fällen zu können, müsse man die verschiedenen Optionen aufzeigen und auch die Renditenberechnungen kennen. Immaterielle Werte seien beim Entscheid mitzubersichtigen. Die Grüne Fraktion sei in dem Sinne nicht gegen eine Sanierung, aber für eine Rückweisung an den Stadtrat zur Klärung der offenen Fragen.

Bruno Balsler ist namens der SVP-Fraktion ebenfalls für Rückweisung.

Stefan Schnegg bemerkt, die EVP-Fraktion habe keinen einstimmigen Entscheid fällen können. Sollte aber der RPK-Antrag angenommen werden, so möchte man beliebt machen, die ursprüngliche Idee mit der Bibliothek wieder aufzunehmen und im Rahmen der Stadtentwicklung zu diskutieren.

In der Abstimmung wird der Rückweisungsantrag mit 19 : 7 Stimmen gutgeheissen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

Der Gemeinderat **beschliesst:**

1. Das Geschäft wird an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, die Liegenschaft Markt-gasse 37 zum Verkauf auszuschreiben und anschliessend diejenige Variante weiter zu verfol-gen, die die bessere Rendite abwirft (Verkauf oder Sanierung).
2. Mitteilung an Stadtrat

Traktandum 8

Sanierung Allmendstrasse zwischen Feldstrasse und Kehrplatz bei der HLS – Kredit von 625'000 Franken

Für die Fachkommission I referiert **Thomas Langhart**. Er führt aus, dass bereits im Jahr 1995 ein Projekt zur Sanierung der Allmendstrasse vorgelegen habe. Der Gemeinderat habe dieses 1996 jedoch abgelehnt und nur die Sanierung der Wasserleitung bewilligt. Schon damals sei die Strasse sanierungsbedürftig gewesen. Der Deckbelag weise sehr viele Risse auf, im Zug der Sanierung der Wasserleitung seien zusätzliche Flicke hinzugekommen. Inzwischen beobachte man Graswuchs an den Randsteinen. Das heutige Projekt sehe vor, den Deckbelag abzufräsen und nur diesen zu erset-zen. Der Deckbelag werde mit einer Armierung auf den abgefrästen Belag geklebt, darauf komme dann die Nutzschiicht. Der Kredit von 625'000 Franken setze sich wie folgt zusammen:

Bauarbeiten	456'500
Nebenarbeiten	33'500
Technische Arbeiten	95'000
Zusatzleistungen und Nebenkosten	21'500
<u>Verwaltungsaufwand</u>	<u>18'500</u>
Total	625'000

Derzeit sei die Erneuerung der Kanalisation im Gange. Diesen Kredit habe der Stadtrat selber be-schliessen können. Neu werde ein Trennsystem verlegt, um das Schmutz- und Meteorwasser ge-trennt ableiten zu können. Die Fachkommission I beantrage, den Kredit von 625'000 Franken zu bewilligen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

Eintretensdebatte

Willy Wüthrich findet namens der FDP-Fraktion, die Sanierung sei berechtigt und mache Sinn. Man stimme deshalb dem Kredit zu.

Auch die SP-Fraktion ist laut **Peter Fehr** für die Sanierung. Hätte man den Kredit bereits 1996 bewilligt, wäre es günstiger gekommen, hält er fest.

Hansruedi Fitze gibt namens der SVP-Fraktion ebenfalls die Zustimmung zum Kredit bekannt.

Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

In der Abstimmung wird der Kredit einstimmig gutgeheissen.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Für die Sanierung der Allmendstrasse, Abschnitt Feldstrasse bis Kehrplatz bei der HLS wird zu Lasten der Investitionsrechnung 2006, Konto Nr. 620.5010.148, ein Kredit von 625'000 Franken, bewilligt.
2. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich um die Kosten, die durch eine allfällige Bauverteuerung- oder Verbilligung in der Zeit zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand März 2006) und der Bauausführung entstehen.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zur Finanzierung des Bauvorhabens erforderlichen Mittel aufzunehmen.
4. Es wird zu Kenntnis genommen, dass gleichzeitig mit der Sanierung der Allmendstrasse die bestehende Abwasserleitung saniert und infolge zu geringer Leitungsdimension eine Parallelleitung für Mischwasser erstellt wird. Die Gesamtkosten der Sanierung der bestehenden Abwasserleitung und der Parallelleitung sind auf 740'000 Franken veranschlagt, gelten als gebundene Ausgaben und werden über Gebühren finanziert. Die Ausführung der Abwasserleitungen erfolgt vor der Sanierung der Strasse.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

5. Dieser Beschluss unterliegt gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.
6. Mitteilung an den Stadtrat.

Traktandum 9

Fragen an Kommissionen und Stadtrat

Keine Wortmeldungen.

Traktandum 10

Diverses

Informationen **der Vorsitzenden:**

- Im Büro des Gemeinderates divergieren die Meinungen, ob im Zusammenhang mit der Rechnung 2005 die Vorkostenstellen durch die RPK oder die Fachkommissionen zu prüfen sind. Die Thematik wurde der WoV-Koordinationsgruppe zur Beratung anlässlich ihrer Sitzung vom 5. Juli 2006 übergeben. Gestützt auf deren Empfehlung fällt das Büro einen Entscheid auf dem Zirkularweg und wird die Fachkommissionen und die RPK informieren.
- Das Gemeinderatsbüro hat die Abstimmungsweisung zur Einzelinitiative Matthias Schwank betr. Einbürgerungen durch den Stadtrat genehmigt. Die Volksabstimmung findet am 24. September 2006 statt.
- Das Büro hat beschlossen, dass die WoV-Schulung vom 10. Juni sitzungsgeldberechtigt ist, da die Teilnahme obligatorisch war.
- Rechtskraft von Versammlungsbeschlüssen: Alle an der Sitzung vom 15. Mai 2006 gefassten Beschlüsse und Wahlen sind rechtskräftig geworden.

Ein Antrag von **Barbara Fischer**, auf die Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderates zurückzukommen wird grossmehrheitlich abgelehnt. Barbara Fischer hätte es begrüsst, den Eingabetermin für die Fraktionen auf den 31. Juli 2006 vorzuzuschieben.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 26. Juni 2006
Sitzung vom

Rechtsbelehrung

Die Vorsitzende verweist auf § 151 des Gemeindegesetzes. Auf ihre ausdrückliche Frage betreffend die Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.

Bülach, 27. Juni 2006

Für die Richtigkeit:

Roger Suter, Ratssekretär

Geprüft:

Rosa Pfister-Kempf, Präsidentin

Stefan Schnegg
2. Vizepräsident

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderates
- Mitglieder des Stadtrates
- Stadtschreiberin
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretär
- Protokollsammlung